



Liebe Leserin, lieber Leser,

Mit der 10. Ausgabe von XtraGRÜN feiern wir ein kleines Jubiläum. Seit mehr als fünf Jahren informieren wir Sie regelmäßig und nicht nur in Wahlkampfzeiten über die Kasseler Stadtpolitik. Auch in dieser Zeitung beziehen wir Stellung zu aktuellen Themen. Neu sind die inhaltlichen Schwerpunkte. Zukünftig werden Sie auf den beiden Innenseiten etwas umfassender zu einzelnen Themen informiert. Zum Start sind es die Themen „Region Kassel“ und „Umwelt“.

Viele Rückmeldungen, Anregungen, aber auch Kritik bestätigen uns, mit der Idee von XtraGRÜN in einen regelmäßigen Dialog mit Ihnen treten zu können. Kommunalpolitik lebt von vielfältigen Diskussionen und vom Mitmachen. Beteiligen Sie sich an der Zukunftsdiskussion der Stadt Kassel. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der 10. Ausgabe von XtraGRÜN!



... Karin Müller, Fraktionsvorsitzende

Die Kasseler Politik muss endlich Fahrt aufnehmen

Zwei Jahre nach der Kommunalwahl wird es Zeit, dass die Politik in der Stadt Kassel eine Richtung bekommt. Umweltzone, Museumslandschaft, Verkehrswende, Schwimmbäder, Solarstadt und und und ... Viele Themen werden diskutiert, heraus kommt zu wenig.

Beispiel Solarstadt: Auf dem Neujahrsempfang hat der Oberbürgermeister Kassel zur Solarstadt ausgerufen. Bislang ist die Bilanz in Sachen Solar aber nur „so lala“. Darüber reden ist gut, handeln ist besser. Die Schritte für die prognostizierten über 20.000 Arbeitsplätze in der Region müssen nun auch angegangen werden.

Beispiel Grimm: Statt sich frühzeitig um den authentischen Ort der Grimms zu bemühen – die Torwache – wird zwei Jahre diskutiert, um dann festzustellen: Es ist zu spät. Und alles beginnt bei Null.

Beispiel Schwimmbäder: Nach drei Gutachten und fast fünf Jahren, bei noch längerer Vernachlässigung der Schwimmbäder, besteht akuter Handlungsbedarf. Das Hallenbad Ost ist geschlossen, das Auebad nur durch die Initiative der GRÜNEN geöffnet. Der Kämmerer und die Städtischen Werke schieben sich gegenseitig den schwarzen Peter zu.



Gerade in Zeiten knapper Kassen muss die Stadt ihren Handlungsspielraum nutzen, um die Chancen Kassels und der Region zu erhöhen. Mittlerweile beläuft sich der Investitionsstau der Stadt Kassel auf über 73 Millionen Euro, d.h. Projekte in entsprechender Höhe sind längst von den Stadtverordneten beschlossen, sie müssen nur umgesetzt werden. Dazu zählt zum Beispiel die dringend benötigte Sporthalle am Wilhelmsgymnasium.

Kassels Politik braucht eine langfristige Richtung. Das projekthafte Abhandeln einzelner Themen gerät immer mehr ins Stocken und hat sich nicht bewährt. Ein wenig Umweltschutz hier (Baumschutz), ein bisschen Umweltzerstörung da (Langes Feld) ist keine nachhaltige Zukunftspolitik. Ohne Auseinandersetzung über Themen

und das Aushandeln von Positionen zwischen den unterschiedlichen Fraktionen entsteht Stillstand. Die wechselnden Mehrheiten klingen gut, nutzen langfristig aber nicht der Stadt. Wo zufällig Mehrheiten entstehen, wird taktisch abgestimmt und nicht sachorientiert.

Wir GRÜNEN stehen weiterhin für Investitionen in der Kinderbetreuung und im Jugendbereich. Ebenso müssen die Probleme durch Immissionen und Lärm im Verkehrsbereich dauerhaft angegangen werden. Die einmalige Chance, Region der erneuerbaren Energien zu werden, bedarf entschlossenen Handelns statt schöner Worte. Mit diesen Inhalten werben wir für Mehrheiten in dieser Stadt. Wir wollen der Stadtpolitik endlich wieder eine Richtung geben. ... Karin Müller



Verschlechterungen für „Hartz IV“-Bezieher verhindern!

Die Arbeitsförderung Kassel (AFK) ist eine Arbeitsgemeinschaft der Stadt und der örtlichen Agentur für Arbeit. Sie ist zuständig für alle Menschen in Kassel, die so genannte „Hartz IV“-Leistungen beziehen – für den Lebensunterhalt, die Kosten der Unterkunft, für Vermittlungen in Arbeit oder Fördermaßnahmen bei sozialen Problemen. Fast 25.000 Menschen in 15.000 sogenannten „Bedarfsgemeinschaften“ sind hiervon in Kassel betroffen. Etwa 300 Menschen sind bei der AFK beschäftigt.

Im Dezember letzten Jahres entschied nun das Bundesverfassungsgericht, dass die gesetzliche Regelung für die Arbeitsgemeinschaften gegen die Verfassung verstoße. Als „Mischverwaltungen“ seien sie nach dem Grundgesetz nicht zugelassen. Als Folge dieser Entscheidung droht eine Aufspaltung der Zuständigkeiten. Wer ALG II beantragt, müsste für den Regelsatz zur Agentur für Arbeit, für die Kosten der Unterkunft ins Rathaus. Für die Arbeitssuche müsste er oder sie zur Arbeitsagentur. Für eine Schuldnerberatung aber zum Sozialamt.

Das ist aus Sicht der GRÜNEN für die Betroffenen nicht zumutbar. Die „Hilfe aus einer Hand“, die in der AFK angeboten werden kann, hat sich bewährt. Sie hat dazu beigetragen, dass in Kassel mehr Menschen als in vielen anderen Orten vermittelt werden konnten.

Wir sagen deshalb: Die Stadt Kassel muss weiter eine wichtige Rolle spielen. Viele Menschen haben einen ganzen Strauß von sozialen Problemen: Schulden, Verwahrlosung, Einsamkeit, Alkohol- oder Drogensucht. Wenn dann Arbeitslosigkeit hinzukommt, kann nur die Kommune vor Ort sicherstellen, dass die vielfach notwendigen Hilfen vernünftig koordiniert werden. Deshalb wollen wir GRÜNEN erreichen, dass die Kommune selbst wählen kann: Sie übernimmt die Verantwortung für alle Hartz IV-Bezieher in eigener Verantwortlichkeit oder sie setzt die Kooperation mit der Arbeitsagentur fort. Hierfür müsste das Grundgesetz geändert werden. Im Interesse der betroffenen Menschen sollte dies zügig in die Tat umgesetzt werden. Sonst steht die AFK vor dem Aus und die betroffenen Menschen vor noch größeren Problemen. ... Dr. Andreas Jürgens

BRÜDER GRIMM MUSEUM

Vom Tode des Hühnchens

„Auf eine Zeit ging das Hühnchen mit dem Hähnchen in den Nussberg“, so beginnt das titelgebende Märchen aus der Sammlung der Brüder Grimm. Verfolgt man die Diskussionen und Planungen zum Brüder Grimm Museum, so scheinen manche Akteure den Handlungsstrang dieses Märchens nachzuspielen.



Mit der Wiedereinrichtung des Palais Bellevue mit mehr Ausstellungsflächen zu einer internationalen Museums- und Forschungsstätte begann die Diskussion um die Erweiterung in das Nebengebäude und über einen Neubau im Garten des Grundstückes. 2003 folgte ein Ideenworkshop mit drei Architektenbüros. 3250 Quadratmeter Ausstellungsfläche sollten es zukünftig sein. Eine Defizitanalyse, die inhaltliche Begründung für die Entwicklung/ Ausweitung zu Forschungsstätte und Erlebnismuseum sowie die Beachtung des Denkmalschutzes unterblieben. Auch wenn diese Ausbauiden an stadträumlichen Realitäten scheiterten, waren die Folgen fatal: Verwaltung und Magistrat haben sich mit der Festlegung auf den Standort Bellevue selbst so gefesselt, dass ernst-

hafte alternative Planungen oder Verhandlungen zu anderen Standorten wie Weinberg oder Grimm Platz unterblieben sind.

Dies hat sich erst durch die Ergebnisse des bürgerschaftlichen Beteiligungsprozesses zur Neuordnung der Museumslandschaft Kassel sowie die Beschlusslagen der Stadtverordnetenversammlung geändert. Sie führen zur Erstellung eines Masterplans 2013: Insbesondere soll durch einen städtebaulichen Entwicklungsplan die Friedrichstraße zwischen Brüder Grimm Platz und Bellevue durch Standortanalyse (Verwaltungsgerichtshof/ Torwache vs. Neubau) geprüft und geplant werden.

Schwimmbäder Baden beim Nachbarn ist Zukunftswasser

Bei allen noch ungeklärten Fragen in Sachen Sanierung städtischer Schwimmbäder ist nur eines klar: Die GRÜNE Fraktion hält an der dezentralen Struktur der Bäder fest. Für uns bleibt das wohnortnahe Stadtteilbad die beste Alternative. Das Gutachten von Constrata hat nun festgestellt, dass die Sanierungskosten aller Bäder bei 38 Millionen Euro liegen, mehr als doppelt so hoch wie das Gutachten der Städtischen Werke aus dem Jahr 2004 konstatierte. Für uns GRÜNE stellt es sich als ein Armutszeugnis dar, wie die Stadt Kassel und die städtischen Werke als Betreiber sich gegenseitig die Verantwortung hin und herschieben. Auf der Strecke bleiben das wichtige und wertvolle Angebot der städtischen Bäder und damit auch die Kasseler Bevölkerung. Kurzfristig ist uns GRÜNEN mit der Unterstützung der CDU und der Linken die Wiedereröffnung des Auebades gelungen. Kein Freibad im Süden, Osten und Norden Kassels? Das geht nicht! Auch wenn es schon vor dem Sommer eine Grundsatzentscheidung zu den Bädern gibt, werden wir kritisch die für Herbst erwarteten konkreten Planungen begleiten. Uns sind folgende Kriterien wichtig:

1. Dezentral ist erste Wahl. Bevölkerung und Schulen sind für kurze Wege zum Schwimmbad.
2. Das Auebad soll dauerhaft erhalten bleiben. Der Diskussion um ein verkleinertes Bad verschließen wir uns nicht.
3. Es muss ausreichend Schwimmfläche für Schulen, Vereine und Bevölkerung zur Verfügung stehen.
4. Wenn die Hallenbäder Ost und Mitte nicht mehr zu erhalten sind, muss in unmittelbarer Nähe Ersatz geschaffen werden.
5. Die Kasseler Bürger und die Vereine gehören bei den zukünftigen Planungen mit ins Boot, um endlich ein zukunftsfähiges Konzept für die Bäder zu erarbeiten. Mögliche Kooperationen mit Niestetal oder Vellmar und die Schaffung einer 50 Meter Bahn sind vielversprechende Ansätze im Zuge einer zusammenwachsenden Region. Sie sind aber noch Zukunftsmusik und können keinen vollständigen Ersatz für die Kasseler Bäder liefern. Seit vier Jahren muss dringend in die Bäder investiert werden, jetzt ist es Zeit zu handeln: Kassel braucht endlich sanierte Schwimmbäder. ... Gernot Rönz

Aus der Präsentation der Ergebnisse „Masterplanung 2013“ – Masterplan verstanden als Rahmenplanung und Herausarbeitung von kritischen Fragen – ziehe ich folgende Schlüsse: Die Sanierung des Bellevue/ Grimm-Museums ist zwingend. Der Ausbau der Remise/ des Anbaus ist praktikabel, wenn der Denkmalschutz beachtet wird. Der Neubau in der Friedrichstraße wird zu Recht konzeptuell in Frage gestellt. Trotz der aufgeblähten Nutzung um „die kleine Märchenwelt“ – die keiner außer dem wissenschaftlichen Beirat kennt – lohnt sich an dieser Stelle kein Neubau für die „dienenden Funktionen“. Das Fatale: Die Torwache als authentischer Wohnort der Grimms ist in der Museums- und Stadtplanung ausgeblendet.

Jetzt ist es an der Zeit, mit dem Land über die Nutzung der Torwache konkret zu verhandeln, die Planungen zu einem Neubau Friedrichstraße einzustellen und mit einer Defizitanalyse realen Erweiterungsbedarf zu belegen.

Nach egoistisch erzwungenen Umwegen und erheblichen Kollateralschäden findet das Grimm-Märchen übrigens ein trauriges Ende: „Und da war alles tot“ lautet der letzte Satz. Die Zukunft des Grimm-Museums muss anders aussehen.

... Dr. Klaus Ostermann

GRÜNE Politik in und für Kassel

Kommunale Bildungsverantwortung ...	2
Region tut Gut!	... 2
Stichwort: Regionalreform	... 2
Ortbeiräte	... 2
Gesunde Luft ist Bürgerrecht	... 2
Solare Pfadfinder	... 2
Braucht Kassel Fahrradstraßen	... 3
Von Bäumen und Bürokraten	... 3
Fuldaerweg	... 3
Videoüberwachung in der Stadt	... 4
Kinderarmut darf nicht sein!	... 4
Kassel im demografischen Wandel	... 4

Im Gespräch:

„Kommunale Bildungsverantwortung“

Anne Janz, Dezernentin für Gesundheit, Schule, Jugend und Bildung beantwortet Fragen von Dr. Martina van den Hövel, Schul- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion im Rathaus.

Frau Janz, mit dem Begriff der „Kommunalen Bildungsverantwortung“ verbindet Bündnis 90-Die Grünen die Chance, neue Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bei der Gestaltung ihrer Bildungs- und Schulpolitik zu finden. Sie positionieren sich mit der Formulierung „Mutig kommunale Bildungsverantwortung übernehmen und in der Region gestalten“. Was können wir uns darunter vorstellen?



Janz: Die Kommune ist der Ort an dem schulisches, soziales und emotionales Lernen stattfindet. Deshalb müssen wir vor Ort gute Rahmenbedingungen für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen schaffen. Es liegt im Interesse der Kommunen hier eine Steuerungsverantwortung

wahrzunehmen, denn die Folgen verpasster Bildungsmöglichkeiten – gerade für Kinder aus sozial schwächeren Familien, aber auch für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund – kommen die Kommunen teuer zu stehen. „Mutig kommunale Bildungsverantwortung wahrnehmen“ heißt für mich, Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen zu nehmen und diese Bildungschancen durch eine bessere Vernetzung und den Ausbau der vorhandenen Möglichkeiten vor Ort zu verbessern.

Qualitätsmängel und fehlende Chancengleichheit im Bildungssystem wirken sich auch in der Region, der Kommune aus. Der Grundstein für Bildung wird in den verschiedenen Lebensphasen gelegt, in Familien, Kindertagesstätten, Schulen, Freizeitbereichen. Auf

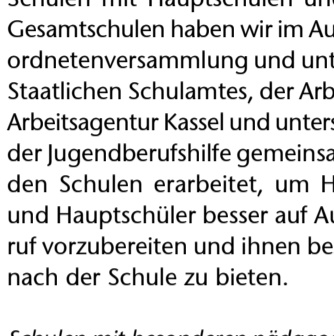
der kommunalen Ebene entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, bereits hier werden Grundlagen für weitere berufliche Perspektiven gelegt. Wie wird ihr Dezernat dieser anspruchsvollen Aufgabe gerecht werden?

Janz: Der Zuschnitt meines Dezernats mit den Bereichen Schule, Jugendhilfe, Frauen und Gesundheit bietet sehr gute Möglichkeiten, Einfluss auf die Chancen der Kinder und Jugendlichen zu nehmen. Mein Dezernat ist bereits so ausgerichtet, dass wir wichtige Probleme unseres Bildungssystems, vor allem die „Vererbung“ ungleicher Bildungschancen, ämterübergreifend angehen. Im Zukunftsprozess „Demographischer Wandel“ der Stadt Kassel hat mein Dezernat den Auftrag „Keine(r) geht verloren“ formuliert und erprobt im Stadtteil Waldau die Verzahnung der am Bildungsprozess beteiligten Akteure: Schulen, Kitas, Beratungsstellen, Vereine und weitere mehr unter kommunaler Regie. Die Erfahrungen, die wir in diesem Projekt sammeln, sollen ein übertragbares Modell für die Wahrnehmung kommunaler Bildungsverantwortung auf die gesamte Stadt liefern.

Schulpolitik ist ja nun Ländersache, als Schulträger haben Sie lediglich Sorge für die Ausstattung der Schulen zu treffen. Um eine kommunale Bildungsverantwortung wirklich realisieren zu können, müssten in der Schulpolitik neue Zuständigkeiten von Land, Kommune und Schulen existieren sowie neue Mitwirkungsregelungen in den Schulen etabliert werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier gestaltend einzugreifen?

Janz: Ich versuche unabhängig von gesetzlichen Zuständigkeiten schon jetzt Einfluss auf

die Schulentwicklung zu nehmen. Der Stadt als Schulträger sind natürlich Grenzen der direkten Einflussnahme gesetzt. Gerade die Entwicklung und der Ausbau von Ganztagschulen sind aber ein wichtiger Bereich für kommunale Einflussnahmen und sozialräumliche Vernetzungen. So z.B. in der Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit. Ein weiteres Beispiel: Mit einem neuen Konzept für ein Übergangsmangement und Berufsorientierung für unsere Schulen mit Hauptschulen und die integrierten Gesamtschulen haben wir im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung und unter Beteiligung des Staatlichen Schulamtes, der Arbeitsförderung, der Arbeitsagentur Kassel und unterschiedlicher Träger der Jugendberufshilfe gemeinsam ein Angebot an den Schulen erarbeitet, um Hauptschülerinnen und Hauptschüler besser auf Ausbildung und Beruf vorzubereiten und ihnen bessere Perspektiven nach der Schule zu bieten.



Schulen mit besonderen pädagogischen Konzepten, wie z.B. die Reformschule und die Offene Schule Waldau, erfreuen sich größter Beliebtheit und großer Nachfrage. Werden Sie auf diese Nachfrage mit der Umwandlung von Schulen in solchen mit reformpädagogischen Konzepten reagieren?

Janz: Es ist in unserem Interesse und ich sehe es als unsere Aufgabe, die Schulen auf dem Weg zu anderen Lehr- und Lernkonzepten zu unterstützen. Die beiden Modellschulen erfreuen sich großer

Akzeptanz und Beliebtheit, die Nachfrage nach Schulplätzen dort übersteigt bei weitem das Angebot. Die Konzepte sind sicherlich nicht eins zu eins übertragbar, andere Schulen der Stadt können sich aber sehr wohl Ideen holen und diese für ihre Schule in ihrem Stadtteil anpassen. Der Anstoß muss jedoch aus der jeweiligen Schule bzw. der Schulgemeinde heraus kommen. Der Einfluss des Schulträgers ist hier leider nur gering. Trotzdem versuchen wir, wie am Beispiel der Zukunftswerkstätten der Gesamtschulen zu sehen ist, die Augen für notwendige Veränderungen zu öffnen und Möglichkeiten aufzuzeigen.

Die Landesregierung hat für die Beruflichen Schulen beschlossen, diese ab 2010 in die Selbstständigkeit zu überführen. Hier besteht für den Schulträger eine große Chance, gestaltend in die kommunale Bildungslandschaft einzugreifen. Können Sie sich vorstellen, Berufliche Schulen dahingehend zu steuern, dass sie sich stärker am Ergebnis, an einer Unterstützungs- und Beratungsstruktur orientieren?

Janz: Die Oskar-von-Miller-Schule ist Modellschule im Rahmen von „Selbstverantwortung Plus“ (SV+). Hier sind wir als Schulträger von Beginn an aktiv am Prozess beteiligt. Die Abstimmung mit der Schule und dem Staatlichen Schulamt ist gut, das Schulverwaltungsamt arbeitet in Arbeitsgruppen SV+ mit, die politischen Gremien werden regelmäßig informiert. Es gibt eine breite Unterstützung auf dem Weg der Beruflichen Schulen hin zu mehr Selbstverantwortung. Alle sieben Beruflichen Schulen der Stadt und die zwei Beruflichen Schulen des Landkreises arbeiten eng zusammen.

Das vollständige Interview ist nachzulesen unter: www.gruene-fraktion-kassel.de

Zurück in die Zukunft: Region tut gut!

Die Zukunft hat 2002 begonnen oder besser, sie hätte beginnen können. 8 Jahre alt ist das GRÜNE Positionspapier „Region hat Zukunft“. Einiges hat sich in dieser Zeit getan, doch die Zukunftsperspektive hat die Region für die GRÜNEN nicht eingebüßt. Ziel einer Regionalreform ist, den Menschen im heutigen Landkreis und in der Stadt Kassel einen Raum zu bieten, in dem sie gut und gesund leben können, sie ausreichend qualifizierte Arbeit finden, Kinder und Jugendliche behütet aufwachsen und kompetent ausgebildet werden und ein kulturell ansprechendes und vielfältiges Angebot die Region lebenswert macht.

Mit dem Schritt in die Zukunft muss das Rad keinesfalls neu erfunden werden. Das Modell Hannover bietet den besten Weg, an dem sich in den Grundstrukturen auch die Region Kassel orientieren kann. Die Kasseler GRÜNEN haben angesichts der neuen Signale zu einer Regionalreform ihr Positionspapier überarbeitet und aktualisiert. Technokratische Modelle, die sich auf eine Neuorganisation von Verwaltungsabläufen beschränken, werden abgelehnt. Ausgangspunkt der Reform muss vielmehr eine selbstbewusste Bürgerschaft sein. Die Legitimation für eine Reform speist sich aus den neuen Gestaltungsräumen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Zukunftschancen für die Bürgerinnen und Bürger. Der neue Start sollte kein Fehlstart werden: Vorwärts in die Zukunftsregion Kassel!

Das vollständige Positionspapier der GRÜNEN mit den ausführlichen Darstellungen zu den Schwerpunkten, Sozial- und Jugendhilfe, Kulturregion und zukünftiger Flächenentwicklung für Wohnen und Gewerbe, finden Sie unter www.gruene-partei-kassel.de



Lohnende Blicke über den Tellerrand

Stichwort Regionalreform:

Eine gemeinsame Flächenentwicklung bleibt Ziel und Forderung

Kassel verfügt mit knapp 107 Quadratkilometern im Vergleich zu anderen Großstädten über ein relativ kleines Stadtgebiet. Umso mehr ist ein sorgfältiger Umgang mit den noch unverbauten Freiflächen höchstes Gebot. Die lang erhoffte politische „Reanimierung“ der Regionalreformdiskussion haben wir GRÜNE zum Anlass genommen, die Bildung eines regionalen „Gewerbeflächenpools“ erneut aufzugreifen. Die Vorzeigeregionen Hannover und Aachen haben diesen Schritt (bisher) nicht gewagt. So haben wir andere Beispiele gesucht und auch gefunden. Diese sollen die Diskussion um eine landschaftsverträgliche, wirtschaftlich produktive und belastungsgerechte Flächenentwicklung erneut beleben.

Das Fazit vorab: Die bestehenden kleinräumigen interkommunalen Gewerbegebiete lösen nicht das Problem einer gerechten und nachhaltigen Flächenentwicklung für die Großregion Kassel. Hierzu muss die Regionalreform den Einstieg bieten. Dies setzt einen aktiven und offenen Dialog mit den Landkreiskommunen mit dem Ziel einer vertraglich geregelten freiwilligen Zusammenarbeit voraus. Dabei ist zu prüfen, wo das regionale Flächenmanagement anzusiedeln ist.

Neue Dimensionen der Zusammenarbeit

Die GRÜNE Rathausfraktion hat einen sehr gut besuchten Vortrag der Fuldaer Stadtbaurätin Cornelia Zuschke veranstaltet. Die Ziele, Prozesse und Ergebnisse des interkommunalen Gewerbegebietes der Stadtregion Fulda waren beeindruckend. Neben dem Oberzentrum Fulda gibt es dort drei weitere Grundzentren mit 24 Stadtteilen. Weil das Resultat insgesamt für die ganze Region aus ökonomischer, planerischer und ökologischer Sicht optimal ist, verzichten die Gemeinden auf den ruinösen Wettbewerb untereinander.

Auf Antrag der GRÜNEN hat die Stadtverordnetenversammlung zudem den Verbands-Direktor des Regionalverbandes Neckar-Alb, Professor Dieter Gust, eingeladen. Das umfassende Regelwerk des Modellprojektes Neckar-Alb wurde in einem mehrjährigen Diskussionsprozess entwickelt und abgestimmt. Es leitet eine neue Dimension der interkommunalen Zusammenarbeit ein. Ziel ist hierbei die Wirtschaftskraft der Großregion durch ein breites Spektrum standortgerechter Gewerbeflächen zu stärken. Dabei sollen alle Kommunen auch ökonomische Vorteile haben. So sieht das Modell das Einbringen bebauter und unbebauter Flächen oder eine Kapitaleinlage vor. Die Grundstücksbewertung erfolgt nach ökonomischen und ökologischen Kriterien. Kosten für die Erschließung und Einnahmen, z. B. aus Grundstücksverkäufen und Steuern, werden nach vereinbarten Prozentsätzen umgelegt.

Das Modellprojekt Neckar-Alb war so überzeugend, dass sich Mittelhessen unter der Schirmherrschaft des Giessener Regierungspräsidenten im November 2007 auf den Weg gemacht hat. Unter professioneller Leitung streben dort derzeit 18 Kommunen und weitere 30 Interessierte die Aufstellung eines Kooperationsvertrages bis Ende des Jahres an. Ein straffer Zeit- und Organisationsplan unterstützt das ehrgeizige Vorhaben.

Es bleibt für uns die Frage: Verschläft Kassel wieder einmal eine strukturwirksame Innovation? Warum finden sich weder weitere Parteien noch Oberbürgermeister, Landrat oder Dezernenten, die solch eine Entwicklung vorantreiben? Dabei haben wir in Nordhessen und Kassel durchaus gute Beispiele und wertvolle Erfahrungen mit dem Aufbau interkommunalen Gewerbeflächen – und wir haben ein Regionalmanagement, von dem Impulse erwartet werden.

... Roswitha Rüschemund

Ihre GRÜNEN AnsprechpartnerInnen in der Nachbarschaft

Mitte: Gertrud Hahner, Tel.: 7 39 63 62 • Ina Rudolph-Lösel, Tel.: 77 76 46

Süd: Kerstin Saric, Tel.: 2 77 29 • Roland Schäfer, Tel.: 2 57 89

Antje-Marie Seiffert, Tel.: 28 55 74

West: Britta Best, Tel.: 5 21 45 45 • Anne Höhmann, Tel.: 3 16 86 70

Dr. Hans-Helmut Nolte, Tel.: 1 88 33 • Willi Schaumann, Tel.: 77 59 32

Wehlheiden: Dr. Marianne Hornung-Grove, Tel.: 2 18 63 • Klaus Hansmann, Tel.: 28 29 96

Dr. Jürgen Sojka, Tel.: 77 74 53

Wilhelmshöhe: Johanna Bornhütter, Tel.: 31 51 83 • Dorothea Fischer, Tel.: 31 64 55

Brasselsberg: Johannes Vereijken, Tel.: 8 82 03 68

Süsterfeld / Helleböhn: Wilfried Bonnet, Tel.: 3 22 77 • Dr. Ursula Arndt-Ladleif, Tel.: 3 29 53

Harleshausen: Sabine Stern, Tel.: 9 88 00 58 • Helga Weber, Tel.: 6 28 19

Kirchdittmold: Dr. Hermann Flux, Tel.: 6 74 77 • Ruth Fürsch, Tel.: 8 82 00 17

Elisabeth König, Tel.: 6 86 39 • Eckhardt Wagner, Tel.: 6 62 81

Nord / Holland: Medard Flinner, Tel.: 89 18 39 • Hannes Volz

Steffen Müller, Tel.: 4 30 80 20

Fasanenhof: Gerhard Kähler, Tel.: 8 70 01 72

Wesertor: Armin Schreier, Tel.: 8 70 04 43 • Anni Lattrich, Tel.: 87 42 27

Wolfsanger: Christof Nolda, Tel.: 87 47 00

Bürgerliste Bettenhausen: Alfons Fleer, Tel.: 57 18 57

Forstfeld: Hans-Peter Faber 5 10 13 71

Waldau: Sven Graf (kein OBR), Tel.: 5 95 44

Niederzwehren: Theo Butz, Tel.: 77 62 56

Bürger für Oberzwehren: Friedhelm Weißbäcker, Tel.: 4 35 20 • Klaus Gnau, Tel.: 9 41 69 47

Nordshausen: Karl-Heinz Großkurth, Tel.: 40 36 20

Jungfernkopf: Dorothee Köpp, Tel.: 9 88 58 80

Unterneustadt: Joachim Schleißing (Ortsvorsteher), Tel.: 57 66 61 • Christine Götzfried

Andreas Süßenguth, Tel.: 9532205

Im Zweifel findet Solidarität nicht statt

Gesunde Luft ist Bürgerrecht. Doch der Wind weht häufig von konträren Seiten

Der Schwarze Peter wird weitergereicht. Immer im Kreis herum. Und wer ihn gerade hat, der macht ein unschuldiges Gesicht und zeigt auf die Anderen. Dieses Spiel zwischen Stadt, Landkreis, Land und Bund geht nun schon seit einigen Jahren, seit die Luftreinhalte-Richtlinie der EU auch bundesdeutsches Recht geworden ist. Jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf, dass die Luft nicht stärker mit Schadstoffen belastet wird als die Grenzwerte dies zulassen. Aber wird diese verpflichtende Vorgabe auch umgesetzt? Pustekuchen! Gegen ein wirksames Paket von Maßnahmen zur Beschränkung der Emissionen aus dem Kraftfahrzeugverkehr in Kassel-Stadt wendet Stadtbaurat Norbert Witte (CDU) ein, dass der größte Teil der Luftbelastung, der an innerstädtischen Messstellen festgestellt wird, aus der sog. „Hintergrundbelastung“ komme, die die Schadstoffe aus den umliegenden Gemeinden und insbesondere von den Autobahnen nach Kassel eintrage. Fazit: Die Stadt könne eigentlich nichts tun!

Das Land, für die Umsetzung der EU-Verpflichtung zuständig, fordert vom Bund erst einmal eine Plakettenverordnung, mit Hilfe derer man „Stinker“ aus bestimmten Regionen, den sog. Umweltzonen, heraushalten kann. Nach vielem Hin und Her auf Bundesebene gibt es mittlerweile diese Verordnung. Jetzt kann das Land die Einrichtung von „Umweltzonen“ prüfen und diese den jeweiligen Körperschaften vor Ort empfehlen. Das ist in Hessen nun auch passiert, und es gibt für den „Ballungsraum Kassel“ den Vorschlag zur Einrichtung einer Umweltzone. Einbezogen wären

die gesamte Stadt Kassel und die Gemeinden im Zweckverband. Das Land also als guter Geist der Lufthygiene? Bei genauerer Betrachtung ist der Schwarze Peter erfolgreich weitergegeben worden, ohne dass das Land seine Aufgaben wirklich erfüllt hätte. Eine wirkungsvolle Maßnahme wäre gewesen, die Geschwindigkeit auf den Autobahnen rund um Kassel deutlich zu beschränken. Dies allerdings hat das Land abgelehnt nach dem Motto: „Keine weitergehende Reglementierung für die Verkehrsströme!“

Der Schwarze Peter ist jetzt also wieder bei Stadt und Region und auch hier wird nicht an einem Strang gezogen, sondern munter gegeneinander agiert. Die große Umweltzone für den Ballungsraum Kassel kommt nicht. Zwar wäre die Stadt Kassel daran interessiert, nicht aber diverse Gemeinden im Zweckverband. Um eine regionale Lösung, die den Anspruch der Menschen auf gesunde Lebensbedingungen umsetzt, scheint sich niemand wirklich bemüht zu haben. Solidarität im Zweckverband? Nicht, wenn es um die Belange der Bürgerinnen und Bürger geht, die – noch – nicht mit rechtlichen Sanktionen durchgesetzt werden können.

Das vorläufige Ende der Geschichte? „Leider“, sagt der Stadtbaurat, „sind uns die Hände gebunden. Die große Umweltzone, ja, die wär's gewesen! Plakettenverordnung nur auf Stadtebene bringt nichts. Populismus ist mit mir nicht zu machen.“ Na dann! Das muntere Spiel mit dem Schwarzen Peter geht weiter!

... Helga Weber



Von Bäumen & Bürokraten

Die endlich verabschiedete Baumschutzsatzung: Ein Lehrstück über Demokratie im Allgemeinen und Politik im Besonderen

Eines kann man der CDU nicht vorwerfen: dass sie nicht zu unterscheiden wüsste zwischen den publikumswirksamen Forderungen nach Bürokratieabbau, die gerne öffentlich vorgetragen werden, und der Nutzung genau dieser bürokratischen Strukturen, wenn es darum geht, eigene parteipolitische Vorstellungen mit der Nutzung von Verwaltungsvorschriften und -gepflogenheiten durchzusetzen.

Wunderbar ist dieses Vorgehen am Beispiel der Baumschutzsatzung zu beobachten. Den Auftakt machte die hessische Landesregierung unter Roland Koch, indem sie den flächendeckenden Schutz von Bäumen als unmaßige Eingriff in die persönliche Entscheidungsfreiheit nicht mehr dulden wollte und ein entsprechendes Gesetz mit absoluter CDU-Mehrheit durch den Landtag brachte. Das führte dazu, dass die bisher geltenden Baumschutzsatzungen in vielen hessischen Kommunen für ungültig erklärt wurden.

Jetzt gab es zwei Möglichkeiten für die Gemeinden: entweder künftig ganz einfach auf einen Schutz der Bäume zu verzichten. Oder – ganz schwierig – doch zumindest an einigen Stellen Baumschutz zu verankern. Der hessische Gesetzgeber hatte in seiner großen Weisheit verfügt, dass eine solche Satzung nicht einfach vom örtlichen Parlament verabschiedet werden konnte, sondern durch die betroffenen Ortsbeiräte – in diesem Falle alle 23 in Kassel! – zu gehen hatte und danach erst von der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt werden durfte. Fazit: Für die Gemeinden, die sich anders entschieden hatten als es die Landesregierung gerne gesehen hätte, wurde der Verwaltungsaufwand nicht etwa geringer, sondern unendlich groß.

In Kassel gab es den politischen Beschluss, auch künftig Baumbestände unter Schutz zu stellen.

Allerdings war die Verwaltung der Auffassung, das könne nicht für das gesamte Stadtgebiet gelten, sondern nur für etwa die Hälfte der Fläche. Infolgedessen wurden im Jahr 2004 alle Ortsbeiräte mit diesem Verwaltungsentwurf beschäftigt.

Das Stadtparlament war, mit den Stimmen der GRÜNEN, der SPD und der Linken, mehrheitlich allerdings anderer Auffassung als die Verwaltung, an deren Spitze Stadtbaurat Witte (CDU) verantwortlich zeichnete. Es wollte wieder eine Ausweitung auf das gesamte Gebiet der Stadt und fasste im Sommer 2005 einen entsprechenden Beschluss. Dieser allerdings wurde wegen Bedenken des Rechtsamtes nicht umgesetzt und ruhte in der Schublade bis zum Dezember 2006, bis der Verwaltungsgerichtshof eine entsprechende Satzung, die wieder für alle Stadtteile gelten soll, für rechtmäßig erkannte.

Jetzt allerdings musste, dank des entsprechenden bürokratischen Hindernisparcours aus Wiesbaden, das gesamte Verfahren mit Beteiligung aller Ortsbeiräte wieder in Gang gesetzt werden. Nachdem dies Ende 2007 über die Bühne war und man hätte denken können, dass jetzt alles endlich ein baldiges Ende finden würde und damit der alte Zustand, mit dem die Stadt lange gut gelebt hatte, wiederhergestellt werden könnte, besann sich die CDU-Fraktion auf die ihr verbliebenen Möglichkeiten, den Fortgang des Verfahrens nach Kräften zu behindern. So wurde in den Gremien des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung so extensiv wie nur möglich das Instrument des „Beratungsbedarfs“ genutzt, was heißt, dass man eine zur Abstimmung stehende Vorlage einmal und dann schließlich noch einmal auf die jeweils nächste Sitzung verschieben kann...

... Helga Weber

3 Fragen an Franz Kahle Solare Pfadfinder



Die Stadt Marburg hat den Schritt voran gewagt und mit einer „Solarsatzung“ bei allen Neu- und Umbauten die Nutzung von regenerativen Energien verpflichtend gemacht. Damit sollen verstärkt regenerative Energieträger zum Einsatz kommen. Gleichzeitig geht es darum, die Energieeffizienz von „Alt“-bauten zu steigern. Wir sprachen mit Franz Kahle, GRÜNER Bürgermeister der Stadt Marburg.

Herr Kahle, welche Wirkungen erhoffen Sie sich von der solaren Bauverordnung?

Kahle: Unsere Frage ist: Was können wir kommunal den schwindenden Energierohstoffen und den steigenden Kosten für Heizung und Warmwasser entgegensetzen? Energieeinsparung und bessere Dämmung der Altbauten, stärkere Nutzung der Windkraft zur Stromerzeugung und flächendeckend solare Anlagen auf allen Dächern – so kann lokale und regionale Energiepolitik aussehen. Wir erhoffen uns daher, dass die Solaranlage auf dem Dach nicht die Ausnahme ist, sondern die Regel wird.

Wie haben Sie die Reaktionen auf diesen mutigen Schritt wahrgenommen?

Kahle: Es gibt bundesweit in vielen Medien positive und negative Rückmeldungen; auch zahlreiche Unternehmen, Verbände und Privatpersonen haben uns angerufen oder gemailt. Der überwiegende Teil teilt unsere Zielsetzungen und hat uns bestärkt. Zu den Details gab und gibt es viele Fragen. Wir haben den Entwurf unserer Satzung überarbeitet und zahlreiche Anregungen aufgegriffen.

Halten Sie die „Marburger Solarsatzung“ für übertragbar auf andere Kommunen?

Kahle: Wir gehen davon aus, dass unser Vorschlag auf die meisten Kommunen übertragbar ist. Leider haben wir bislang aber keine klare eindeutige bundesgesetzliche oder landesgesetzliche Regelung. Wir können z. B. Stellplätze, die Farbe von Dachpfannen oder die Art der Grundstückseinfriedung vorschreiben – aber bei der solaren Nutzung ist die gesetzliche Grundlage momentan nicht so eindeutig. Wir hoffen, einen rechtlich zulässigen sowie wirtschaftlich und technisch sinnvollen Weg gefunden zu haben. Wenn sich unser Weg nicht als richtig erweist, muss der Landesgesetzgeber endlich tätig werden. Baden-Württemberg hat seit dem 1. Januar 2008 ein Landeswärmegesetz, das eine ähnliche Zielrichtung verfolgt.

... Die Fragen stellte Thomas Flügge

Braucht Kassel Fahrradstraßen?

Unsere Antwort ist eindeutig JA. In ein Konzept für ein fahrradfreundliches Kassel gehören Fahrradstraßen mit dazu. Kassel hat im Vergleich zu anderen Städten noch ein erhebliches Potenzial an Fahrradverkehr. Es ist eine Stadt der kurzen Wege. Und da ist das Fahrrad das optimale Verkehrsmittel. Andere Städte fördern den Radverkehr, weil sie erkannt haben, dass mehr Radverkehr ein Gewinn für alle ist. Weniger Parkplatzsuche, weniger Feinstaub, null Kohlendioxid, weniger Spritkosten, dafür mehr Bewegung und Lebensgefühl. Fahrradstraßen sind eine Möglichkeit, den Radverkehr sicherer zu machen und damit mehr Menschen auf das Rad zu bringen. Langfristig muss die Ausweisung von Fahrradstraßen weiter vorangetrieben werden. Wir wollen mit dem Königstor anfangen, weil es eine Hauptroute für den Radverkehr ist und schon jetzt von vielen genutzt wird. Das Königstor ist eine wichtige Radverbindung vom ICE-Bahnhof in die Innenstadt und zur Universität. Gleichzeitig sind die Friedrich-Ebert-Straße und die Wilhelmshöher Allee Hauptstraßen für den Autoverkehr. Das bedeutet, dass keine Verdrängung stattfindet, sondern eine vernünftige Verkehrsplanung eine Chance erhält, von der alle etwas haben. Seit das Thema auf der Tagesordnung steht, hört man auch Stimmen, die Nachteile für die Einzelhändler sehen. Diese Einwände nehmen wir ernst. Deswegen soll der Anliegerverkehr im Königstor weiterhin zugelassen werden. Gleichzeitig kann darüber nachgedacht werden, ob durch eine andere Anordnung zusätzliche Parkplätze geschaffen werden können. In vielen anderen Städten hat sich die Einrichtung von Fahrradstraßen längst bewährt. Langfristig haben Geschäftsleute und AnwohnerInnen davon profitiert, denn auch RadfahrerInnen sind Kunden. Wir wollen, dass bei der Diskussion eine befriedigende Lösung für alle gefunden wird und die Stadt endlich Fahrt aufnimmt für ein fahrradfreundliches Kassel. ... Karin Müller



Fuldauferweg

Der Fluss öffnet sich zur Stadt: Diese Idee hat großen Charme. Zum ersten Mal gibt es tatsächlich eine Chance zur Verwirklichung, weil das Land Hessen der Stadt Grundstücke verkaufen will. So gewinnt die Stadt Planungshoheit. Dazu kommt, dass der Bund Radwegenetze an Flüssen fördert. Kassel erhielte so einen Radweg mit nahezu hundertprozentiger Förderung. Doch wo Verlockungen sind, gibt es auch Widerstände. Die Wassersport treibenden Vereine befürchten, dass ihre Mitglieder und Gäste Einschränkungen hinnehmen müssen. So könnten Radler mit Booten zusammenstoßen, die Gelände müssten eingezäunt werden, es entstünden hohe Kosten. Die Vereine haben in mehreren Gesprächen ihre Auffassung deutlich machen können. Die GRÜNEN werden deren Positionen in die eigene Entscheidungsfindung mit einbeziehen. In den

Vereinen wird nach Ansicht der GRÜNEN eine hervorragende Jugendarbeit geleistet, die wir nicht gefährden wollen.

Die ersten Entwurfsskizzen des Umwelt- und Gartenamtes geben noch keine Antworten auf die vielen offenen Fragen. Diese werden derzeit abgearbeitet, wie Stadtbaurat Norbert Witte mitteilte. Klar geworden ist für die GRÜNEN dabei, dass auch die Situation auf dem Auedamm für ein gedeihliches Nebeneinander von Fußgängern, Rad- und Autofahrern verbessert werden muss. So könnte nach Ansicht des BUND und des ADFC der Auedamm als Fernradweg fungieren, was wiederum den späteren Radweg an der Fulda entlasten könnte. Wir haben deshalb einen entsprechenden Antrag ins Stadtparlament eingebracht.

... Dieter Beig

Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht



Kassel ::: 27.06.2008 ::: 15.56. Uhr

Werden Königsplatz und Friedrichsplatz bald videoüberwacht?

In einer **denkwürdigen** Stadtverordnetenentscheidung ist der Weg freigemacht worden. Die Überwachungsleute der CDU hatten den Start hingelegt, die SPD war aufgrund interner Uneinigkeit auf ein taktisches Rennen verfallen. Im Zieleinlauf ist der Polizei freie Hand gelassen. Bald könnten Kameras stehen: Die Bürgerinnen und Bürger geraten unter Generalverdacht.

Noch mit Blick auf die Landtagswahl hatte die CDU wieder einmal eines ihrer Steckenpferde neu gesattelt: Kassel brauche mehr Videokameras. Die städtischen Plätze scheinen sich demnach zu Kriminalitätsschwerpunkten zu entwickeln. Dem Argument „Verdrängungseffekte“ war konsequent vorgesorgt: Auch weitere Plätze sollten schon einmal vorgeplant werden. All das ist sattsam bekannt und oft diskutiert worden, die CDU war entsprechend auf Ablehnung eingestellt. Da ging die SPD mit einem Änderungsantrag ins Rennen, der der Polizei freie Hand gibt: Wenn die Polizei mehr Videoüberwachung wolle, dann solle sie es so machen. Der vermeintlich klug gedachte SPD-Plan lautete schlicht: Wenn wir uns intern

nicht einig sind über hü oder hott, dann machen wir doch das Antragsablehnungsspiel! Die CDU wird den SPD-Antrag ablehnen, dann lehnen die Sozialdemokraten den CDU-Antrag ab und der innerparteiliche Frieden ist gewahrt. Doch aus dieser Taktikerei ist nichts geworden. Die CDU übernahm flugs den SPD-Antrag und dann hieß es abstimmen. Die Hände bei beiden Fraktionen gingen hoch und manchem SPD-Stadtverordneten fiel die Kinnlade runter. Das taktische Spielchen war vollständig daneben gegangen. Dabei war von vornherein klar, dass bei diesem Thema Spielchen nicht angemessen sind. Dank des Bundesverfassungsgerichtes sind einige Überwachungspläne gestoppt. Die hessische Auto-Kennzeichenerfassung ist unzulässig, da sie „ins Blaue hinein“ erfolgte und das „Gefühl des Überwachtwerdens“ zu Einschüchterungseffekten führen könnte. Bei SPD und CDU in Kassel scheint diese Botschaft nicht angekommen zu sein. Mehr tatsächliche Sicherheit geht besser und anders: Vom Abbau von Angsträumen über eine lebendige Stadtentwicklung bis hin zu einer guten Sozialpolitik. ::: **Wolfgang Friedrich**



Kassel im demografischen Wandel Wohin geht die Reise?

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit haben die Stadtverordneten ein „Zukunftsprogramm der Stadt Kassel“ am 17. März 2008 verabschiedet. Das vom Magistrat vorgelegte 16-seitige Papier ist das Ergebnis eines zweijährigen überwiegend verwaltungsinternen Diskussionsprozesses. Unter dem Anspruch, den demografischen Wandel zu „steuern“ und „auch gegen(zu)steuern“, wurde die Stadtgesellschaft über zwei Zukunftskonferenzen in die Aufstellung eines Konzeptes einbezogen. Dabei wurden von uns die Initiative und das Engagement der Verwaltung ausdrücklich anerkannt und unterstützt.

Umso enttäuschender war für uns das vorgelegte Papier. Die vorgestellten Ergebnisse wirken beliebig, weichgespült, ohne Konturen und unspezifisch. Viele gute Ideen der Konferenzen tauchen nirgendwo mehr auf. Inhaltliche und methodische, aber auch konzeptionelle Bedenken machten eine Zustimmung zu der Vorlage fast unmöglich. Warum nur haben der Magistrat und insbesondere der Oberbürgermeister nicht mehr Mut gezeigt und den landesweit beachtenswerten Ansatz weiter zu einem Gesamtkonzept und einem strategischen Handlungsprogramm ausgebaut?

Nachfolgend einige unserer Kritikpunkte:

- Es werden Wunschvorstellungen wiedergegeben statt messbare Ziele mit Zeitangaben festzuhalten.
- Es wird ein politisches Programm formuliert und kein Handlungsprogramm. Daher stellt das Papier kein Konzept zur Steuerung des Verwaltungshandelns dar (Ausnahme: sog. fünf Leuchtturmprojekte, die im Haushalt 2008 bereits festgeschrieben wurden).

- Das Konzept beinhaltet kein integriertes Controlling-System und keine Projektplanung für die fünf Leuchtturmprojekte.
 - Es handelt sich um eine Momentaufnahme statt um eine kontinuierliche Programmfortschreibung.
 - Es gibt keine Querverweise auf das Handlungsprogramm Agenda-21 und das Innenstadtleitbild.
 - Alleingang der Verwaltung statt Teamarbeit mit Fraktionen.
 - Beteiligung von (einigen) Experten und Lobbyisten statt Herstellung von Öffentlichkeit.
 - Insellösung für Kassel statt Suche nach regionalen Verknüpfungen.
- Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, das vorgelegte Papier gleichsam als einen Aufschlag zu einer weitergehenden Diskussion zu sehen. Auf unsere Initiative hin ist beschlossen worden, die oben genannten Defizite aufzugreifen und einen zweiten Teil des Programms zu erstellen. Dabei sollen die Öffentlichkeit und die Fraktionen eingebunden werden.
- Wie kann es weitergehen? Aus den vorangegangenen Diskussionen liegen bereits viele Ergebnisse vor. Diese gilt es aufzunehmen, zu strukturieren und zu ergänzen. Zum Jahresende erwarten wir eine Vorlage, durch die mittel- und langfristige Zielvorgaben eine Orientierung für städtische Entscheidungen bereitgestellt werden.

Wir sind weiterhin ausdrücklich der Meinung, dass das Thema eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung verlangt und in die Stadtgesellschaft hinein gehört.

::: **Roswitha Rüschemdorf**



... na klar doch oder was mehr: Bei einer Auflage von 25.000 und einer stadtweiten Verteilung lohnt sich eine Anzeige in **xtraGrün**
::: Information und Beratung: 0561 7 397048

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Für viele Menschen geht es bei dem Wunsch wieder einen Arbeitsplatz zu finden, nicht nur darum Geld zu verdienen. Vielmehr geht es ihnen auch eine sinnstiftende Aufgabe zu haben, Kontakt und soziale Bindungen zu pflegen, einen geregelten Tagesablauf gestalten zu können – kurzum: gebraucht zu werden und einen Platz in der Gesellschaft zu finden.

Als Fraktion teilen wir die Auffassung der Bundesgrünen und setzen darauf Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für Menschen ohne echte Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt soll, nach dem Vorbild der Integration von Menschen mit Behinderungen, die anteilig geringere Produktivität besonders beeinträchtigter Langzeitarbeitsloser durch geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeglichen werden.

Mehr als 5.600 Menschen waren in Kassel im Dezember 2007 länger als ein Jahr arbeitslos.

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinken ihre Chancen auf den Arbeitsmarkt zurück zu finden. Einen ersten Schritt hat die Stadt Kassel nun getan mit der Einführung von 100 geförderten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose über das Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“. Die Arbeitsplätze müssen zusätzlich, wettbewerbsneutral und in öffentlichem Interesse sein, um reguläre Arbeitsverhältnisse nicht zu gefährden. Für den Erfolg der Maßnahmen wird entscheidend sein, ob es gelingt, einen Nutzen sowohl für die Betroffenen wie auch für die Einsatzstellen zu schaffen.

Wir müssen mit dieser Art Beschäftigung Erfahrungen sammeln. Einen Versuch ist es wert. Viele weitere Schritte sind allerdings notwendig.

::: **Karl Schöberl**

Kinderarmut darf nicht sein

Die **Hartz-IV-Sätze** sind zu niedrig und decken das Existenzminimum nicht ab, das ist mittlerweile bekannt. In Kassel betrifft das rund 8.700 Kinder und Jugendliche – mit steigender Tendenz. Die grüne Rathausfraktion spricht sich deutlich für eine „armutsfeste Grundsicherung“ für Kinder und Jugendliche aus, denn Kinderarmut darf nicht sein. Deshalb hat sie in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit organisiert und den Magistrat verpflichtet, sich beim Deutschen Städtetag für eine armutsfeste Grundsicherung von Kindern und Jugendlichen einzusetzen. Stimmen von Freien Trägern, Sozialen Diensten, Schulen und Kindertagesstätten betonen immer wieder, dass die Auswirkungen der Armut deutlich

zu spüren sind. Wir sehen es deshalb als unsere Aufgabe an, uns hier stark zu machen. Beispiele sind die Mittagsversorgung, der Bildungsfonds, und die Teilhabe von Kindern an Sport und Kultur.

Aber die Bundespolitik darf die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe nicht allein lassen. Die von der Bundesregierung Anfang April beschlossenen Erhöhungen beim Wohngeld, Verbesserungen beim Kindergeldzuschlag und bei den steuerlichen Vergünstigungen für Niedrigverdienende dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Hartz-IV EmpfängerInnen hiervon nicht profitieren. Die Möglichkeiten der Kommunen hier gegen zu steuern sind begrenzt.

::: **Anja Lipschik**



Die Pläne liegen vor: Der Altmarkt wird barrierefrei, der Fußgängertunnel nicht mehr benötigt und die Wege werden kürzer. Sowohl der Ortsbeirat Mitte als auch der Ortsbeirat Wesertor wollen die oberirdische Querung am Altmarkt.

Jetzt heißt es auch für die CDU, sich an Beschlüsse zu halten und den Umbau der Altmarktkreuzung zu unterstützen. Die Stadtverordneten haben sich schon mehrfach für den schrittweisen Rückbau der Unterführungen in Kassel ausgesprochen. Die Fußgängerunterführungen sind ein Relikt der Vergangenheit und gehören Stück für Stück abgeschafft. Für ältere und behinderte Menschen haben sie Wege beschwerlich oder unmöglich gemacht, für FahrradfahrerInnen sind sie schlecht nutzbar, für viele Menschen bedeuten sie Angsträume und obendrein sind die Reinigungskosten für die Stadt erheblich. Die Vertreter der CDU führen bei jeder einzelnen Passage alte Argumente an, um einen Umbau der Kreuzungen zu verhindern. Was aber am Holländischen Platz, am Rathaus und am

Wesertor längst von den BürgerInnen angenommen wurde, muss am Altmarkt ebenfalls möglich sein. Auch städtebaulich gesehen ist der Umbau des Altmarktes sinnvoll. Kurzfristig ermöglicht er einen direkten Zugang über die Straße zum Finanzzentrum. Langfristig geht es um mehr: Ein Überweg schafft neue Wegebeziehungen. Mit einer weiteren Fußgängerbrücke in die alte Unterneustadt können die Stadtteile miteinander verbunden werden und der Pferdemarkt wird leichter erreichbar.

Stehen jetzt die Autos stundenlang im Stau? Keineswegs. Die Simulationen zeigen, dass es nur geringfügig längere Wartezeiten gibt. Kreuzungsprojekte im Innenstadtbereich sind immer Abwägungssache. Die Vorteile für FußgängerInnen und RadfahrerInnen überwiegen am Altmarkt deutlich. Nach der Entscheidung der Ortsbeiräte und Stadtverordneten kann er auch bald barrierefrei überquert werden.

::: **Gernot Rönz**

Fraktion im Rathaus

Obere Königsstraße 8, Zimmer W120
34117 Kassel ©

Tel. 0561 787 12 94, Fax: 0561 21 04
E-Mail: info@gruene-fraktion-kassel.de
www.gruene-fraktion-kassel.de

Ihre AnsprechpartnerInnen:

Thomas Flügge und Ulrike Kapusta
Mo. - Do. 9 - 12 Uhr und 14 - 15 Uhr
und nach Absprache

Bürgerberatung: Mi. 9 - 11 Uhr

Mitglieder der Rathausfraktion: Karin Müller, Anja Lipschik, Gernot Rönz, Dr. Andreas Jürgens, Wolfgang Friedrich, Helga Weber, Karl Schöberl, Dieter Beig, Heike Mattern, Roswitha Rüschemdorf, Dr. Klaus Ostermann, Dr. Martina van den Hövel
Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats: Annett Martin und Jürgen Blutte
Mitglied des hauptamtlichen Magistrats: Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit



Fraktion im Rathaus Kassel

Impressum:
V.i.S.d.P.: Kasseler Rathausfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Thomas Flügge
Redaktion: Gernot Rönz und Thomas Flügge
Mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der VerfasserInnen wieder
Layout: e-BILDWERKE Kassel – www.e-bildwerke.de
Druck: Grafische Werkstätten, Kassel
Auflage: 25.000 Exemplare
Fotografische Nachweise: Optische Anstalten Kassel, Stavo-Bild © Stadt Kassel; Foto: Harry Soremski